



Bild: Rajesh Kumar Singh

BILD DES TAGES

Vogelschwarm bei Sonnenuntergang über dem Ganges in Allahabad (Indien).

INHALT

Wirtschaft	3
Schweiz	5
Ausland	6, 7
Börse	9
Wocheninterview	10
STADT	11
Kultur	14
Galerien & Museen	16
Panorama	17
Bauen & Wohnen	19
Agenda	20
REGION	21
Regionalkultur	25
Kanton	26, 27
TV	29
Wetter	30
SPORT	31
Letzte	40
INSERATE	
Todesanzeigen	28
Kirchliche Anzeigen	8
Amtliche Anzeigen	32, 34
Immobilien	34
Eulach-/Fahrzeugmarkt	36
Veranstaltungen	38-39

UMFRAGE

Soll Winterthur weiter wachsen?

Korrigendum

Nein	62%	<div style="width: 62%; background-color: #e91e63;"></div>
Ja	26%	<div style="width: 26%; background-color: #0070c0;"></div>
Ja, aber weniger schnell	12%	<div style="width: 12%; background-color: #70ad47;"></div>

Total 130 Stimmen

Die Umfragen auf www.landbote.ch sind nicht repräsentativ. Mehrfachabstimmen ist möglich.

ZITAT DES TAGES

„Wer kann Lastwagen liefern? Ich brauche 100. Am liebsten gestern.“



Bill Clinton

Der Ex-US-Präsident weibelt als Koordinator für die Haiti-Aufbauhilfe. Wer helfen könne, melde sich am «Haiti-Schalter» beim WEF in Davos.

LESERFORUM

«Hemmungsloses Salzen hat Folgen»

In den letzten Wochen wurde vermutet, dass in diesem Winter das Salz aus Schweizer Produktion knapp werden könnte. Nicht «das strenge Winterwetter» ist aber das Problem, sondern die Schweizer Manie, jede Schneeflocke, die das Pech hat, auf eine Strasse oder ein Trottoir zu fallen, einzeln einzusalzen. Wenn das bisher ein strenger Winter war, was haben wir dann zu erwarten, wenn tatsächlich mal einer kommen sollte? Flammenwerfer?

Unser Strassenverkehrsgesetz verpflichtet die Strassennutzer, die Fahrweise den Verhältnissen anzupassen. Die «extremen Anforderungen dieses Winters» sind nicht eine Folge der Witterung, sondern der eigenen Lobbyarbeit. Die Rheinsalinen heizen den Absatz des aggressiven Umweltgiftes (schädigt Strassenbäume, Hundepfoten, Schuhe, Karrosserien, Verkehrsinfrastruktur und andere Bauwerke)

mit gewaltigen Mengen- und Sommerabattanten kräftig an. Mit einer von der Strassenlobby bestellten dubiosen «Ökobilanz» aus dem letzten Jahrhundert werben sie bei über 2000 Gemeinden für Salz als umweltschonendes Streumittel. Dass das Anrichten des ekligen Salzmates der vorgeblichen Sicherheit dient, muss bezweifelt werden, wenn man die bei Schneefall stündlich hereinkommenden Unfallmeldungen hört. Die in unseren Nachbarländern erfolgreich eingesetzten Alternativen Basalt- und Dolomit-Splitt und Sand, Leka-Ton, Kaliumcarbonat, CMA werden von den Kantonen (als Besitzer der Salinen) ignoriert. Die Steuerzahler würden sich die Augen reiben, wenn sie erfahren, wie hoch sie die Kollateralschäden des hemmungslosen Salzens zu stehen kommen.

Andreas Diethelm, Umweltberater, Zürich

«Gut gemeint, aber überflüssig»

«Jugendmotion: Stadt Bern als Vorbild», «Landbote» vom 26. Januar. Die SP meint es im Wahlkampf gut: Mit einer Motion für die Jungen möchte SP-Gemeinderätin Christa Benz 14- bis 18-Jährigen ermöglichen, via Stadtparlament Vorstösse einzureichen. Vor Jahren ist das Jugendparlament mangels Aktivitäten gescheitert. Einige Jahre erhielt es 40000 Franken pro Jahr für seine Aktivitäten. Dieses Geld (die FDP hatte auch zugestimmt) reut mich auch im Nachhinein nicht. Die Jugendparlamentarier konnten damit wenigstens im Stadtpark ein Volleyballturnier finanzieren und lernen, wie man mit Geld umgehen sollte.

Es hat dann nicht so geklappt – wie es auch bei vielen grossen Finanzinstitutionen in den letzten Jahren auf der ganzen Welt auch nicht ganz geklappt hat.

Alle Bürgerinnen und Bürger, ob jung oder alt, können heute schon Anliegen an den Stadtrat senden, sei es in Form eines einfachen Briefes oder einer Petition. Eine Antwort erhalten sie in jedem Fall. Die SP-Motion ist deshalb überflüssig. Volleyballturniere und andere «Pläusche» können auf einer anderen Ebene stattfinden.

Ruth Werren, Gemeinderätin FDP, Winterthur

«Das hatten wir doch schon mal»

«Illegale Abwehr von Flüchtlingen», «Landbote» vom 25. Januar. Die EU-Sondertruppe Frontex macht Jagd auf Schiffsflüchtlinge. Das sind Menschen, für die ganze Familien ihr Geld opfern, damit sie dann in Europa Arbeit finden können. Die Menschenjagdfrirma Frontex, bei der jetzt auch die Schweiz mitspielt, will verhindern, dass Bootsflüchtlinge nach Europa gelangen. Da werden alte Erinnerungen wach: Wer wollte seinerzeit keine Juden ins Land lassen? Ach ja, die «neutrale» Schweiz... Da-

mals waren es Juden, die hatten halt eine falsche Religion – jetzt sind es Afrikaner, die haben halt eine falsche Hautfarbe.

Und eines zeigt diese ganze Angelegenheit auch noch auf: Der sogenannte Kapitalismus ist nicht in der Lage (oder will es gar nicht sein), grundlegende Menschenrechte auch für die Ärmsten der Armen durchzusetzen. Ersäufen kommt billiger...

Adrian Ruckstuhl, Ligornetto

«Wo bleibt da der Aufschrei?»

«Menschenrechte ziehen nicht», 26. 1. Erschrocken und entsetzt frage ich mich, was die im Artikel erwähnten Menschenrechtsorganisationen für ein Gedankengut haben! Wollen sie die Würde und die Rechte der Frauen, die durch den Islam verachtet und unterdrückt sind, noch weiter aushöhlen? Was unternehmen sie zugunsten all der Christen, die in gewissen Ländern gefoltert und ermordet werden, nur weil sie Christen sind und sich nicht zum Islam bekehren wollen? Ja, es geht noch weiter: Mädchen aus christlichen Familien werden entführt, vergewaltigt, unter Drogen gesetzt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet. Schlimmer als zu Sklavenszeiten! Wo bleibt da der Aufschrei?

Regula Stutz, Winterthur

Dass die Menschenrechtsorganisationen den demokratisch gefällten

Volksentscheid über das Verbot vom Bau von Minaretten als menschenrechtsverletzend einstufen, ist nachvollziehbar. Auch dass sie finden, dass das Befinden schwer krimineller Ausländer, die unsere Gastfreundschaft massiv ausnutzen und mit Füßen treten, ebenfalls unter Menschenrecht einzustufen ist und sie deshalb nicht des Landes verwiesen werden dürfen, ist klar. Denn sie haben eine Möglichkeit entdeckt, mit ihrer Forderung, eine Menschenrechtsinstitution als Kompetenzzentrum zu schaffen, die direkte Volksdemokratie zu umgehen und für sich einen neuen – mit Steuergeldern finanzierten – Markt zu eröffnen. Sie sollen sich doch lieber um das Menschenrecht «Recht auf Arbeit» für all diejenigen Schweizer und Schweizerinnen kümmern, die in den letzten Jahren ihren Arbeitsplatz durch die verfehlte Freizügigkeitspolitik verloren haben.

Urs Holenweg, Winterthur

VOR 16 JAHREN

Skirennfahrerin stirbt bei Unfall

Am 29. Januar 1994 verunglückt die österreichische Skirennfahrerin Ulrike Maier im Alter von 27 Jahren während der Kandahar-Abfahrt in Garmisch-Partenkirchen tödlich. Durch Verkanten des rechten Skis verlor sie die Kontrolle und zog sich beim darauf folgenden Sturz schwere Verletzungen zu. Das Unglück ereignete sich während einer TV-Liveübertragung und ist deshalb vielen Skifans noch präsent. (red)



Ulrike «Ulli» Maier wurde zweifache Weltmeisterin im Super-G. Bild: pd

HEUTE AUF WWW.LANDBOTE.CH

AKTUELL

London

Der Untersuchungsausschuss stellt dem ehemaligen britischen Premier Toni Blair Fragen zum Irak-Krieg.

DOSSIER

Stadtverbesserer

Mit einem Augenzwinkern präsentiert die Stadredaktion Ideen und Tipps für ein noch schöneres urbanes Leben.

GALERIE

Smartvote

Schauen Sie sich die visualisierten Profile der kandidierenden zehn Stadträte an und vergleichen Sie.

UMFRAGE

Wahlen vom 7. März

Werden Sie sich an den Wahlen in den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat beteiligen oder lässt Sie das eher kalt?

